

DER RABE RALF

Herausgegeben seit 1990 von der GRÜNEN LIGA Berlin e.V. - Netzwerk ökologischer Bewegungen

GRÜNE LIGA Netzwerk
Ökologischer
Bewegungen

**Alles wird gut? -
Vollständiger Rückkauf
der Wasserbetriebe**

Seite 3

**Nachhaltigkeit mit Leben
füllen - Zeitzeichen-
Preise 2013**

Seite 8/9

**Hintertür für Gentechnik
- Freihandelsabkommen
USA-EU**

Seite 16/17

Energie-Volksentscheid am 3.11. JA!

Gegen Energiearmut der Sozialdemokratie und schwarzen Lobbyismus der Union



Am 3. November geht es in der Hauptstadt nun zum dritten Mal um die (Energie-)Wurst, denn die letzte Etappe in der Chronik eines Volksbegehrens steht bevor - der Volksentscheid. Aus Angst vor direkter Demokratie und einer hohen Wahlbeteiligung setzte der Berliner Senat den Termin zum Energie-Volksentscheid nicht, wie vom Energietisch gefordert,

mit dem Bundestagswahltermin gleich, sondern wählte den spätmöglichsten Zeitpunkt und verursacht so Mehrkosten in Millionenhöhe (siehe RABE RALF Juni/Juli).

Sie, liebe Berlinerinnen und Berliner, haben jetzt also erst recht die Wahl: entweder für eine Energieversorgung in öffentlicher Hand und ein Stadtwerk zu stimmen oder sich auf widersinnige

Versprechungen des Berliner Senats zu verlassen. In der Broschüre, die für 2,4 Millionen Wahlberechtigte in Berlin verschickt wurde, finden Sie sowohl den Gesetzentwurf des Berliner Energietisches als auch die Stellungnahme der Mehrheit des Berliner Abgeordnetenhaus (CDU/SPD), das heißt die geradezu widersprüchliche Begründung des Senats für eine Ablehnung des

Gesetzentwurfs. Aber der eigentlich wichtige Beitrag der Broschüre ist die Argumentation der Trägerin des Volksbegehrens (Berliner Energietisch), die **mindestens 630.000 Berliner/-innen** überzeugen muss, **mit JA zu votieren**. Diese Hürde für die Wahlbeteiligung

Fortsetzung auf Seite 4

Fortsetzung von Seite 1: **Energie-Volksentscheid am 3.11. JA!**

und die Zustimmung beim Volksentscheid stellt das Minimum für die Annahme des Gesetzentwurfes dar.

Sinnwidrige Argumentation des Berliner Senats

Auf Vorlage der Senatorin für Wirtschaft, Technik und Forschung, Cornelia Yzer (CDU), beschloss der Senat den Berliner/-innen die Ablehnung des Volksentscheides zu empfehlen. Yzer kritisiert, dass bei der Gründung eines Stadtwerkes als Anstalt öffentlichen Rechts die staatlichen Kontrollmöglichkeiten stark beschränkt würden. Dies ist mitnichten der Fall, die parlamentarischen Kontrollmechanismen werden überdies sogar durch das Instrument der Bürgerkontrolle erweitert. Demzufolge ist der Gesetzentwurf, anders als vor kurzem von der Vereinigung der Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg geäußert, rechtskonform. Wenn für den Senat eine *zusätzliche* Kontrolle durch direkt gewählte Berliner/-innen im Verwaltungsrat oder ein Initiativrecht und die Verpflichtung zu regelmäßigen Einwohnerversammlungen, wo Interessen von Bürger/-innen einbezogen werden, eine Gefahr darstellt, so entfällt jeglicher Kommentar.

Als weitere Gründe für die Ablehnung des Volksentscheides benennt der Senat, dass ein landeseigenes Unternehmen (Berlin Energie) bereits gegründet und die Gründung einer Berliner Netzgesellschaft überflüssig sei, somit

der Gesetzentwurf des Energietisches die Umwelt- und Klimaschutzpolitik Berlins nicht verbessern würde.

Der Koalitionsausschuss von SPD und CDU, der am 26. September wegen



Grafik: Berliner Energietisch

Uneinigkeit tagte, verständigte sich in seiner Krisensitzung darüber, jährlich 1,5 Millionen Euro für ein landeseigenes Stadtwerk in den Landeshaushalt einzustellen. Zum Vergleich: das Eigenkapital der Stadtwerke Pfarrkirchen betrage 3 Millionen Euro und Pfarrkirchen habe nicht halb so viele Einwohner wie Berlin-Biesdorf, sagte vor Kurzem Michael Schäfer, energiepolitischer Sprecher der Fraktion Bündnis90/DieGrünen im Abgeordnetenhaus. Da entsteht doch der Eindruck, der Senat möchte ein Schwachwerk aufbauen, kein Stadtwerk.

Auch der vom Berliner Senat angepeilte Kaufpreis des Stromnetzes von zwei bis drei Milliarden Euro ist überdimensioniert und geht lediglich aus einer Anfrage an den Vattenfall-Konzern, der relevante Daten für eine genaue Berechnung zurückhält, hervor. Ein Gutachten aus dem Jahr 2011, in Auftrag gegeben von der damaligen Senatsverwaltung für Wirtschaft, geht von circa 400 Millionen Euro aus. Der Kaufpreis ist allein deswegen völlig überzogen, weil Berlin seinen Stromversorger Bewag 1997 für umgerechnet

1,17 Milliarden Euro verkaufte. Darin waren aber neben dem Stromnetz auch die Kraftwerke zur Strom- und Fernwärmeerzeugung wie auch das Fernwärmenetz enthalten. Heute geht es lediglich um das Stromnetz. Klar ist, dass der Netzbetrieb als Monopolgeschäft eine lukrative, sichere Einnahmequelle darstellt, schließlich hätte Vattenfall nicht Millionen in Werbekampagnen investiert, wenn laut Yzer ein unkalkulierbares Haushaltsrisiko beim Betrieb beziehungsweise Rückkauf des Netzes bestünde.

SPD unparteiisch?

Immer noch staunt man über die SPD und stellt sich die Frage, welche Rolle die eigenen Parteitagebeschlüsse mit Votum für die Unterstützung des Anliegens des Energie-Volksbegehrens spielen und, welche Position sie in der SPD/CDU-Koalition, die das Land derzeit regiert, als größerer Koalitionspartner einnimmt – oder ihr zugeteilt wird? Oder ist es die Gier nach Geld, die die SPD treibt? Laut Sponsoringbericht des Berliner Senats erhielt der regierende Bürgermeister Klaus Wowereit für seinen Kulturbereich im vergangenen Jahr 400.000 Euro von - Hochspannung - Vattenfall.

Sondergleichen stechen die Sozialdemokraten, die wohl eher als Spezialdemokraten zu bezeichnen wären, besonders energiearm hervor. Wenn es um Stimmenfang geht, versuchen sie es zwar allen recht zu machen - allen voran ihrem pechschwarzen Koalitionspartner CDU - werden am Ende aber nicht einmal sich selbst gerecht.

Energietisch mobilisiert für Erfolg am 3.11.

Der Berliner Energietisch mit all seinen Aktiven hingegen strotzt nur so vor Energie und mobilisiert erneut sämtliche Kräfte, um den Volksentscheid am 3. November zum Erfolg zu führen. In den nächsten Wochen bis zum Abstimmungstag wird das Thema Energie - insbesondere alle Fragen rund um Stromnetz und Stadtwerk - die Diskussion in Berlin bestimmen. Die Aktiven des Berliner Energietisches werden überall in der Stadt mit kreativen

Aktionen unterwegs sein und das direkte Gespräch mit den Bürger/-innen suchen. Um auch junge Wähler/-innen für das Hauptziel des Energie-Volksentscheides „*Unser Stadtwerk! - Unser Stromnetz!*“ zu gewinnen, plant der Energietisch am 23. und 24. Oktober Soli-Partys in den bekannten Berliner Clubs SO36 und Watergate. Außerdem wurde ein Infotelefon zur Beantwortung aller Fragen rund um den Volksentscheid eingerichtet.

Auf den Berliner Straßen wurden 10.000 Plakate aufgehängt, die für ein **deutliches JA am 3. November** werben. Da das Quorum für einen Erfolg recht hoch ist - mindestens 630.000 Berliner/-innen, das heißt 25 Prozent der Wahlberechtigten - spielt das Thema Briefabstimmung eine besonders wichtige Rolle in der Kampagne des Energietisches. Denn wer am 3. November verhindert ist, kann bequem per Brief vorzeitig sein Votum abgeben.

Also: Jetzt gilt es, das Wähler/-innen-Votum am 3. November. **Der Berliner Energietisch und die GRÜNE LIGA Berlin fordern alle Berliner/-innen auf:**

Sagen Sie JA zu einer demokratischen Energieversorgung!

Sagen Sie JA zu einer ökologischen Energieversorgung!

Sagen Sie JA zu einer sozial gerechten Energieversorgung!

Janine Behrens
Jochen Mühlbauer

Alle Informationen zum Energie-Volksentscheid:

www.berliner-energietisch.net

Sieben Gründe für ein JA beim Volksentscheid am 3. November

1. Daseinsvorsorge gehört in öffentliche Hand!
2. Ökologische Energie zu 100 Prozent!
3. Erwirtschaftetes Geld bleibt in Berlin!
4. Energieversorgung demokratisch mitgestalten!
5. Energieverbrauch senken!
6. Energiewende sozial gestalten!
7. Transparenz statt Geheimverträge!

Anzeige

Selbstständige Vertriebsmitarbeiter für den ersten naturstrom Ökostrom-Laden in Berlin gesucht!
Bewerbung an lettmay@naturstrom.de

www.naturstrom.de/jobs

naturstrom
ENERGIE MIT ZUKUNFT

Ihre Spende für die Energiewende in Berlin!

Hinter dem Energie-Volksentscheid am 3. November steckt eine Menge Arbeit. All dies kostet Geld. Deswegen ist der Energietisch auf finanzielle Unterstützung angewiesen. Jede Spende - ob groß oder klein - hilft!

Spendenkonto des
Ergietisches
Kontoinhaber:
BürgerBegehren Klimaschutz
Kontonummer: 401 216 24 01
GLS Gemeinschaftsbank
BLZ: 430 609 67
Kennwort:
Berliner Energietisch

BERLINER ENERGIETISCH